

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/212

5. November 1975

Ziel: Verbesserung der Lebensbedingungen

SPD muß sich noch intensiver um Kommunalpolitik kümmern

Von Hans Koschnick
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 48 Zeilen

Ein Maß für das Notwendige

Der Haushalt 1976 paßt in die Konjunkturlandschaft

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Der saisonale Abschwung fiel milde aus

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Oktober

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung
des Bundestages

Seite 5 und 6 / 52 Zeilen

Entschluß zur Verteidigungs-Sachlichkeit

Ergebnisse eines Gesprächs mit Jungezialisten

Von Erwin Horn MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 7 und 8 / 82 Zeilen

Das "Grundkonzept" à la Strauß

Der CSU-Chef schießt sich auf den sozialen Staat ein

Seite 9 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hauptallee 2-10
Postfach: 130 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 37 66 37 - 38
Telefax: 37 66 39 - 40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Ziel: Verbesserung der Lebensbedingungen

SPD muß sich noch intensiver um Kommunalpolitik kümmern

Von Hans Koschnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und Mit-
glied des SPD-Vorstandes

Ist sozialdemokratische Gesellschaftspolitik auch Kommunalpolitik? Diese Frage stellt sich gerade jetzt vor dem Mannheimer Parteitag. Schlagworte - zu Reizworten hochstilisiert - wie "Investitionelenkung" und "Investitionskontrolle" erhitzen zur Zeit die Gemüter in allen politischen Lagern und überschatten auch die Beratungen dieses Parteitages. Sie haben aber für die interessierte Öffentlichkeit den Nachteil, daß das ungewöhnlich große Interesse der Parteigliederungen an der ersten Konzeption eines sozialdemokratischen Kommunalprogrammes praktisch übersehen wurde. Hunderte von Anträgen zu diesem Programm dienen dem Ziel, auf diesem Gebiet eine programmatische Leitlinie der praktischen Arbeit der SPD auszuformen.

Wie soll nun diese praktische Arbeit aussehen? Sie muß sich unter anderem an den Grundfunktionen einer Stadt - Wohnen und Arbeiten - orientieren, daraus ergeben sich für den Bürger folgende Bedürfnisse: eine menschenwürdige Wohnung und ein sicherer Arbeitsplatz. Hinzu kommen die kulturellen Bezüge, die Pflege von Sozialkontakten und die Gestaltung der Freizeit - Dinge, die das Leben des Einzelnen in der Kommune lebenswert und die Kommune selbst für den Bürger lebenswert machen.

Das vorliegende kommunalpolitische Grundsatzprogramm - in langjähriger Arbeit von Sozialdemokraten erarbeitet, die an der kommunalpolitischen Front stehen und den unmittelbaren Kontakt zu dem Bürger in der Stadt und in der Gemeinde noch besitzen - hat eine Antwort auf die vielfältigen Bedürfnisse des Bürgers gefunden und zugleich die Zielrichtung unserer prak-

tiachen Politik aufgezeigt. Wir Sozialdemokraten werden dieses Programm nicht mit unausgereiften Ideen und Wunschvorstellungen verwässern oder gar kaputtmachen lassen.

Um die Wichtigkeit der in dem kommunalpolitischen Grundsatzprogramm niedergelegten Forderungen ermaßen zu können, dürfen wir eins nicht vergessen: Unsere Forderung nach mehr Lebensqualität soll eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen bedeuten. Als ein Inhalt sozialdemokratischer Kommunalpolitik werden deshalb mehr und bessere Güter und Dienstleistungen im öffentlichen Bereich gefordert. Es ist aber auch eine Binsenwahrheit, daß diese Forderungen - sollen sie nicht wirkungslos bleiben - Mut zum finanziellen Engagement erfordern. Ich will hier und heute nicht erneut ein finanzielles Klagelied anstimmen. Es geht hier um sehr viel mehr. Es geht einfach um die Erkenntnis, daß ohne eine erfolgreiche sozialdemokratische Kommunalpolitik der Partei die Grundlage fehlt, bei Wahlen Mehrheiten zu erzielen. Da sich die Bewußtseinsbildung einer erfolgreichen Politik vor allem in den Gemeinden vollzieht, ist es Aufgabe unserer Partei, sich noch intensiver um die Kommunalpolitik zu kümmern.

Das kommunalpolitische Grundsatzprogramm ist der beste Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind, die Kommunalpolitik bewußt wieder als sozialdemokratische Politik herauszustellen. Ich bin überzeugt, daß die in dem Grundsatzprogramm niedergelegten Leitlinien eine Chance sind, um nicht nur einen Beitrag zum inneren Frieden zu leisten, sondern auch sozialdemokratische Erfolge sowohl in der Kommunalpolitik als auch bei den Wahlen zu erringen. (-/5.11.1975/wi/aa/pr)

+ + +

Ein Maß für das Notwendige

Der Haushalt 1976 paßt in die Konjunkturlandschaft

Der Entwurf für den Bundeshaushalt 1976 liegt nun offiziell vor. Bundesfinanzminister Dr. Hans Apel hat das dazugehörige Gesetz mit überragender Leidenschaftslosigkeit im Bundestag eingebracht, was sich dann als geradezu unheimliches Kontrastprogramm zur Antwort des CSU-Vorsitzenden erweisen sollte.

Aber Leidenschaft, gleich wie man im politischen Bereich die Schwerpunkte für ihr Verständnis gesetzt sehen möchte, paßt nicht zu den Notwendigkeiten. Schließlich ist der Bundeshaushalt 1976 bei seiner Aufstellung und seiner Ausführung gleichermaßen jenem Zielkonflikt ausgeliefert, der sich zwischen wachstumsnotwendigen Mehrausgaben einerseits und finanzierungsabgegrenztem Notwendigen darstellt.

Dieser Zielkonflikt muß ausgetragen werden, wozu ein hohes Maß emotionsfreier Zuversicht schon nötig ist, wenn er erfolgreich überwunden werden soll. Dr. Apel blieb bemüht, die klare Erkenntnis nicht erneut verwischen zu lassen. Im Gegensatz zu seinem erschreckend alt gewordenen Vor-Vorgänger. Obachon so lang wie selten und auch so laut wie selten blieb die als "Generalabrechnung" angekündigte Rede des CSU-Vorsitzenden in ihrer Substanz erschreckend dürftig.

Franz Josef Strauß hat - das ist ein Eindruck seiner Rede - offenbar noch nicht gemerkt, daß die Entwicklung der globalen konjunk-

turellen Talfahrt inzwischen schon so weit fortgeschritten (per Seide wohl schon beendet) ist, als daß selbst ernstgemeinte Diagnoseversuche noch von Nutzen sein könnten. Aber genau daran krankte das taktische Konzept der von Strauß vorgetragenen Oppositionsmeinung. Denn der CSU-Vorsitzende schwelgte geradezu in emphatischen Bemühungen, ökonomische Vergangenheit nicht intellektuell und pragmatisch, sondern emotionell-politisch zu bewältigen.

Wo das Sachliche denn bleibe, war man ständig versucht, Strauß zu fragen, obgleich allein schon die Ankündigung einer 90minütigen Redezeit den Verdacht schürte, daß viel Zeit vorwiegend dazu nötig ist, um wenig zu sagen. Selbst wenn Strauß zu sämtlichen Sechfragen hätte Stellung nehmen sollen und dies mit der gebührenden Sorgfalt auch getan hätte: weniger Zeit wäre nötig gewesen.

Nur: Weniger Geld im nächsten Bundeshaushalt wäre schlecht möglich gewesen. Man muß sich einmal vor Augen halten: Nach rund 164 Milliarden DM Ausgaben in diesem Jahr gibt der Bund im nächsten Jahr nur etwa vier % mehr aus. Der Versuchung von Wahljahren, der CDU-Regierungen nur allzu bereitwillig erlagen, will - der Budgetentwurf 1976 ist Beweis - die Bundesregierung widerstehen, wenn auch Kapitalmarkt und Konjunktur praktisch Korsettfunktionen dafür abgeben. Strauß war ganz offensichtlich nicht bereit zu erkennen, daß der vom Bundesfinanzminister präsentierte Haushaltsentwurf nicht nur das Optimum des Möglichen einerseits, sondern auch das Äußerste des Nötigen ist.

Das legt den Schluß nahe, daß Strauß mit seinem gewaltigen Redefluß die eigene Erkenntnis verheimlichen wollte, daß Ausgangslage und Perspektive des Bundeshaushalts 1976 so schlecht nicht mehr ist. Ansonsten hätte er - will er ernst genommen werden - praktische Ratschläge gegeben, wie was besser zu machen ist.

Theodor Treemes
(~/5.11.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Der saisonale Abschwung fiel milde aus

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Oktober

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die Bundesanstalt für Arbeit muß für Oktober wieder steigende Arbeitslosenzahlen melden. Gegenüber dem Vormonat sind es 55 600 oder 5,5 vH mehr. Diese Entwicklung überrascht nicht. Seit 1954 steigen alljährlich im Oktober die Arbeitslosenziffern: im letzten Jahr um 20,7 vH, 1973 gar um 21,8 vH. Die Experten sehen in den Oktoberdaten den Beweis, daß der saisonal bedingte Anstieg in diesem Jahre stark abgeflacht stattfindet.

Die Arbeitslosenquote liegt jetzt mit 1.061 000 bei 4,6 vH (Vormonat 4,4). Männer sind zu 3,9, Frauen zu 5,9 vH arbeitslos. In diesen Zahlen spiegelt sich der für Angestellte wichtige Kündigungstermin zum Quartalsachluß 30. September wieder. Hier haben wir es zweifellos mit einem längerfristigen strukturellen Problem des Arbeitsmarktes zu tun.

Rationalisierung und Technisierung des Büros, die Konzentrations-tendenzen im Einzelhandel, setzen Angestellte frei, ohne gleichzeitig auf diesem Sektor neuen Bedarf zu schaffen. Der Tante-Emma-Laden kommt nicht wieder. Das durchforstete Büro wird erst in der Hochkonjunktur erneuten Bedarf anmelden. Und auch im Bereich der öffentlichen Hand zwingen leere Kassen zu einer restriktiven Personalpolitik, die sich unmittelbar auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar macht.

Der produktive Bereich meldet wie schon im September günstigere Werte. Als Beispiel mögen die Bauberufe dienen. Hier stiegen die Arbeitslosenzahlen nur noch um 1,3 vH gegenüber dem Vormonat.

Der Anstieg der Kurzarbeiterzahlen um 78 000 auf 716 600 ist saisonbedingt. Wichtiger ist eine andere Größe: Die Anzeigen von Kurzarbeit für den laufenden Monat sind gesunken. Und bemerkenswert ist auch, daß

92 vH der Kurzarbeiter mehr als die Hälfte ihrer wöchentlichen Arbeitszeit beschäftigt sind. Es wäre also absolut unzulässig, die Zahl der Kurzarbeiter denen der Arbeitslosen einfach zuzuschlagen.

Der Bestand an offenen Stellen hat um 25 400 abgenommen und liegt jetzt bei rund 210 000. Hier machen sich die saisonalen Einflüsse ebenfalls bemerkbar, obwohl auch da deutlich schwächer als in den beiden Vorjahren.

Wiederum liefert die Bundesanstalt für Arbeit die Bestätigung daß der Arbeitsmarkt elastisch bleibt. Im November werden es rund zwei Millionen Arbeitsuchende sein, die in neue Beschäftigungen vermittelt werden konnten. Das kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Es stellt der Effektivität der Arbeit der Bundesanstalt ein lobliches Zeugnis aus und es signalisiert dem Politiker, daß sich die Grundkonzeption des Arbeitsförderungsgesetzes auch in widrigen Zeitläufen bewährt. Dauerversorgungslosigkeit ist und wird kein Massenschicksal.

Eine kritische Würdigung der Oktober-Daten des Arbeitsmarktes kann nicht außer Acht lassen, daß der jahreszeitlich bedingte Anstieg einschließlich der Sonderbewegung auf dem Angestelltensektor eine weitere Erholung auch im saisonalen Abschwung signalisiert. Diese Tendenz, fortgeschrieben, würde auf einen vergleichsweise "milden Winter" des Arbeitsmarktes hindeuten. Gegen krasse Klimateinbrüche ist allerdings noch kein arbeitsmarktpolitisches Kraut gewachsen. Die Daten ermuntern jedoch zu der Feststellung, daß das Konjunkturschiff zwar noch nicht in ruhigen Gewässern, aber auch nicht auf stürmischer See kreuzt. Das Schiff bleibt intakt, die Mannschaft auch - nur Panikmacher würden in dieser Situation S.O.S. funken.
(-/5.11.1975/wi/ee/pr)

+ + +

Entschluß zur Verteidigungs-Sachlichkeit

Ergebnisse eines Gespräches mit Jungsozialisten

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die sicherheitspolitische Facharbeitstagung der Jungsozialisten in Siegen am 7. und 8. Juni 1975 hat den Dialog zwischen Jungsozialisten und der SPD eingeleitet, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Trotz wesentlicher Unterschiede der Beurteilung in den Einzelbereichen der Verteidigungspolitik muß anerkannt werden, daß die Jungsozialisten mit dieser Facharbeitstagung ihre bisherige weitgehende Ablehnung oder Nichtbeachtung der Bundeswehr aufgegeben und sich konkret den Bedingungen und Möglichkeiten einer sachorientierten Sicherheitspolitik zugewendet haben. Ein wesentliches Ergebnis dieser Gespräche bestand darin, daß führende Jungsozialisten Truppenbesuche und Diskussionen mit Soldaten aller Waffengattungen und Dienstgrade durchführten. Diese Kontaktgespräche der immerhin größten politischen Jugendorganisation der Bundesrepublik Deutschland mit den Soldaten veränderten natürlich die politische Landschaft nicht schlagartig, zumal die Jungsozialisten selbst jahrelang sicherheitspolitische Fragen und auch die Einrichtung der Bundeswehr vernachlässigt hatten.

Ein weiteres Ergebnis dieser Neuorientierung war ein Gespräch zwischen Vertretern der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Jungsozialisten in der SPD über Fragen der Sicherheitspolitik am 3. November 1975. Einmütigkeit wurde dabei zwischen den Vertretern der Jungsozialisten und der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion in folgenden drei Punkten erzielt:

- 1/ Die Notwendigkeit des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses für die Sicherung des Friedens in Europa wurde anerkannt, solange kein übergeordnetes europäisches Sicherheitssystem errichtet ist. Die west- und die mitteleuropäischen Staaten haben das gemeinsame Interesse, trotz unterschiedlicher Staats- und Gesellschaftssysteme nicht in einen militärischen Konflikt einbezogen zu werden, in dem sie jeweils das Vorfeld für die militärischen Aktionen der Großmächte abgeben würden. NATO und Warschauer Pakt müssen somit auch gerade durch die europäischen Staaten eine politische Strategie der Konfliktverminderung und -beseitigung in ihrem eigenen Interesse betreiben.
- 2/ Die Vertreter der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Fraktion und des Jungsozialisten-Vorstandes gingen davon aus, daß eine einseitige Abrüstung in Europa nicht stattfinden kann. Früher geäußerte Aussagen einer Signalwirkung durch einseitige Abrüstung wurden als unrealistisch bezeichnet, weil einseitige militärische Überlegenheit nicht nur zu einer kriegerischen Bedrohung, sondern auch zu politischen Erpressungen führen kann. Die Jungsozialisten

forderten die Vertreter der Arbeitsgruppe Sicherheit auf, Überlegungen anzustellen, wie eine ausbalancierte Truppenreduzierung und ein auf entsprechendes Niveau gesenktes Rüstungspotential in Europa herzustellen sei.

- 3/ Die Gesprächspartner stimmten in der Notwendigkeit überein, die Beratungs- und Mitverantwortungsgremien in der Bundeswehr, wie z. B. die Vertrauensmännerposition, zu stärken. Die Jungsozialisten forderten eine verstärkte Demokratisierung in der Armee, aber keine Demokratisierung der Bundeswehr. Dies läuft im Prinzip auf die Formulierung Fritz Eilers hinaus, der eindeutig feststellt, daß die Bundeswehr eine Streitmacht in unserer Demokratie sein müsse, was die volle Bejahung des Prinzips der Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform beinhaltet, aber keine demokratische Armee sein könne, in der die Prinzipien von Befehl und Gehorsam aufgehoben sein würden.

Die Jungsozialisten vermerkten kritisch, daß es notwendig sei, im außenpolitischen Bereich die Vorgänge sichtbar zu machen, die zu Abrüstungsmaßnahmen und zu einer europäischen Friedensordnung führen. Sie forderten Konzeptionen zu entwerfen, um die Mechanismen zu durchbrechen, welche die Funktionen der beiderseitigen Rüstungs eskalation begünstigten. Außerdem bemängelten sie das Aussetzen der sicherheitspolitischen Diskussion in der Partei. Seit dem Parteitag von Karlsruhe 1964 habe es keine konstruktive sicherheitspolitische Diskussion in der SPD über die Sicherheitsfragen gegeben. Zweifellos wurde der uns selbst gestellte Aufgabenkatalog von den sozialdemokratischen Verteidigungsministern Helmut Schmidt und Georg Leber weitgehend erfüllt. Dennoch bleibt die Aufgabe bestehen, daß die SPD in verstärktem Maße die Sicherheitspolitik als ihre eigene Aufgabe betrachtet.

Die Vertreter der Fraktions-Arbeitsgruppe und der Arbeitsgemeinschaft Jungsozialisten beschlossen, weitere gemeinsame Gespräche über eingegrenzte Themen wie Fragen der Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik und Innere Formen und Strukturen der Bundeswehr ausführlich zu führen. Das beiderseitige Gespräch zwischen den Vertretern der Jungsozialisten und der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Fraktion war ein guter Anfang. Es kann nur dann zu guten Ergebnissen führen, wenn es ohne Unterstellungen und Diffamierungen weitergeführt wird und wenn die im Gespräch bezogenen Positionen auch jeweils in der Partei und ihren Arbeitsgemeinschaften und in der Fraktion offen vertreten werden.

(-/5.11.1975/wi/ee/pr)

+ + +

Das "Grundkonzept" à la Strauß

Der CSU-Chef schießt sich auf den sozialen Staat ein

Aus der an wirtschafts- und finanzpolitischer Substanz auffallend unbeträchtlichen Marathonrede des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß im Bundestag klang immer wieder ein eigenartiges Fa- nal: Die Bundesregierung müsse ihr "Grundkonzept ändern", ein "Wandel im Grundsätzlichen" müsse erfolgen. Welches Grundkonzept gegen welches andere ausgetauscht werden sollte, hat Strauß nicht ge- sagt - hier Klartext zu reden, hält er doch noch für inopportun -, aber er ließ freilich keinen Zweifel daran, daß es eben die ganze Richtung, das soziale und liberale "Grundkonzept" ist, was ihm und denen, für die er agiert, nicht paßt.

Aus einem Dekor polemischer, aber politisch nichtssagender Kritikeleien an der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung heraus führte er gezielt seine Attacken auf das, was unserer Demok- ratie innere Sicherheit und Stabilität, damit untrennbar verbunden aber auch ökonomische Effizienz verleiht; ihre soziale Substanz. Was Strauß unter der Camouflage "nötige Änderung des Grundkonzepts" vorbringt, ist nichts anderes als die Forderung nach Abbau tragen- der Elemente in der sozialen Architektur unseres Staates.

Folgerichtig bleibt er denn auch der Regierungskoalition die Antwort auf die Frage schuldig, wo denn statentlastende Reduktio- nen vorgenommen werden könnten, ohne die Qualität dieses sozialen Staates (zum Schlechteren) zu verändern. Stattdessen bietet er scheinheilig die Bereitschaft seines Lagers an, "für Opfer einzu- treten".

Tatsache ist: Strauß will einen anderen als diesen sozialen und liberalen Staat, der den Deutschen ein freieres, materiell sichereres Leben als jemals zuvor in ihrer Geschichte ermöglicht. Die weltweite Wirtschaftskrise scheint ihm das richtige Klima zur Durchsetzung sei- ner ordnungspolitischen Vorstellungen, für ein globales Roll back gegen Soziales und Liberales, kurzum für ein "Grundkonzept" à la Strauß.

Claus Preller
(-/5.11.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller